

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
7. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 17.03.2015 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:36

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Stv. Dr. Edwin Bölke
Stv. Vincent Endereß
Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Folke Schmelcher

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Julia Klaus
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Jan-Hendrik Petersen
Stv. Bernd Stracke
Stv. Alexander Viemann

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Achim Metzger
Stv. Peter Schniewind
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Andreas Rehm

Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. David Hinz
Stv. Michael Ruppert
Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StORR Michael Rennert
StVR Gerhard Titzer
VA Wolfgang Voos
StA Anja Herold
Frau Svenja Pentenrieder
GSB Marion Plähn

Personalrat

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 7. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover verweist zu Beginn auf die als Tischvorlage ausliegende neue Tagesordnung, die auch die Nachträge unter den TOP 10.1 bis 10.5 ausweise. Die TOP 4, 5, 8 und 14 seien teilweise analog zur Sitzung des HFA von der Tagesordnung zu nehmen. Weiterhin habe er einen nach der Frist eingegangenen und nicht dringlichen Antrag der WLH-Fraktion zum Aufstellen von Werbeträgern erhalten, den er für die heutige Sitzung daher nicht berücksichtigen werde.

Stv. Lukat beantragt, diese Eingabe dennoch heute zu behandeln, da es sich um eine lediglich geringe Fristüberschreitung von 3 Tagen handle und den gemeinnützig Tätigen in Haan zu Gute komme.

Dieser Antrag wird mit 6 Ja- und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv. Lemke beantragt aufgrund des Zuschauerinteresses den TOP 10.5 vorzuziehen, was das Einvernehmen des Rates findet.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

2./ Bestellung eines Schriftführers für Vertretungsfälle Vorlage: 10/030/2015

Beschluss:

„Als Schriftführer für die Sitzungen des Rates der Stadt Haan werden für den Vertretungsfall StA Hillebrand und StOAR Groters bestellt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3./ Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2015 mit Stellenplan und des Entwurfes des Haushaltssicherungskonzeptes (Fortschreibung)

Protokoll:

1.Bgo. Formella präsentiert den Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2015 (Anlagen 1+2).

Stv. Sack teilt mit, dass die Etatberatungen des Jugendhilfeausschusses für den 26.03. terminiert sind und am 16.04. fortgesetzt würden.

Die Frage der Stv. Lukat, ob auf der ausgehändigten CD-Rom auch eine detaillierte Auflistung der Sammelkostenstellen (wie von der WLH-Fraktion beantragt) enthalten sei, erklärt **Bgm. vom Bover**t unter Hinweis auf ein Geschäft der laufenden Verwaltung, diese Aufstellung gebe es in dieser Art nicht.

Stv. Lukat moniert, der Landrat habe den Rat dazu aufgefordert, jede einzelne Haushaltsposition zu durchleuchten. Ihre Fraktion sei dazu bereit, werde jedoch von der Verwaltung mittels Nicht-zur-Verfügung-Stellens entsprechender Übersichten daran gehindert.

4./ Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Gelände der Landesfinanzschule hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, GAL, CDU, WLH, FDP vom 19.12.2014 Vorlage: 61/042/2015

Protokoll:

Dieser TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

5./ Brandschutzbedarfsplan (BSBP) Vorlage: 32-2/006/2014/1

Protokoll:

Dieser TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

6./ Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann
Vorlage: 32-2/011/2015

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs eine "Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann" abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7./ Neuaufstellung des Regionalplans Düsseldorf
hier: Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung nach den § 13 (1) LPIG, § 33 LPIG DVO, § 10 (1) ROG
Vorlage: 61/045/2015

Protokoll:

Stv. Lukat stellt fest, der Abänderungsvorschlag auf Antrag der WLH-Fraktion sei von der Verwaltung fast wortgleich übernommen worden und bittet in diesem Sinne abzustimmen.

Stv. Rehm begrüßt für die GAL-Fraktion das einhellige Contra gegen die Gewerbegebietsausweisungen der Stadt Solingen im Ittertal. Er bitte aber analog zur SUVA-Sitzung die Nr. 7 und 9 der zeichnerischen Änderungswünsche zu streichen, da die Argumentation nicht mehr stimmig sei. Im SUVA sei die GAL leider überstimmt worden.

Bgm. vom Bover und **Stv. Lemke** legen im Folgenden dar, dass sie eine entsprechende Beibehaltung für sinnvoll erachten, weil zukünftige Entwicklungen nicht absehbar seien und diese Option später einmal vermisst werden könne.

Stv. Giebels ergänzt für die CDU-Fraktion, es sei immer gut, planungsrechtliche Verhandlungsmasse vorhalten zu können.

Stv. Lukat führt aus, man befürchte hierdurch mehr Schwerlastverkehr für die Innenstadt und unterstütze daher den Antrag der GAL.

Die Frage des Stv. Drennhaus nach der Abgabefrist für die Stellungnahme wird von **Bgo. Alparslan** mit sehr kurzfristig angegeben.

Nach der auf Antrag der WLH-Fraktion mehrheitlich angenommenen Sitzungsunterbrechung, modifiziert die GAL-Fraktion ihren Antrag dahingehend, die Nr. 7 aus den

zeichnerischen Änderungswünschen heraus zu streichen.

Diesem Antrag wird mit 19 Ja- und 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

Der Stellungnahme der Verwaltung zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf (Stand August 2014) wird unter der Maßgabe zugestimmt, die Nr. 7 der zeichnerischen Änderungswünsche (Darstellung einer sonstigen regionalplanerisch bedeutsamen Straße zwischen der A 46 und der K 20n) zu streichen und den Abschnitt

c. Anregungen zu den Gewerbeflächen der Stadt Solingen im Bereich des Ittertals

gemäß Tischvorlage der Verwaltung zur Vorlage 61/048/2015/1 in nachfolgender Form zu fassen:

Das im Süden von Haan von Ost nach West verlaufende Ittertal nimmt im Übergangsbereich zwischen den Städten Haan und Solingen eine wichtige Funktion zur stadtnahen Freiraumerholung und für den Landschafts- und Naturschutz ein. Es ist ein regional bedeutsamer Grünzug, der erhalten werden muss u.a. wegen des hohen (ökologischen) Raumwiderstands.

Eingriffe, bzw. ein weiteres Heranrücken von Siedlungsflächen in diesen Bereich sind daher zu vermeiden und auf ein Mindestmaß zu begrenzen sowie mit umfangreichen Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen landschaftsverträglich umzusetzen. Dies sollte bei den Gewerbegebietsausweisungen der Stadt Solingen im Bereich des Ittertals verstärkt Berücksichtigung finden.

Neben den landschaftsbezogenen Auswirkungen sind insbesondere für die Ausweisung der Fläche Buschfeld die negativen verkehrlichen Auswirkungen auf das Haaner Stadtgebiet durch die Belastung der Ab- und Zufahrtstraßen zu berücksichtigen. Der Verkehr würde zu großen Teilen über die K 5 und die B 228 abgewickelt werden und so zu einer erheblichen Belastung der Haaner Innenstadt führen. Ungeachtet der regionalplanerischen Ausweisung als vorwiegend überregionale Straße sollte zusätzlicher Verkehr auf der K 5 wegen dem Straßenquerschnitt und der topographischen Lage vermieden werden.

Daher widerspricht die Stadt Haan dem Regionalplanentwurf und lehnt die im Bereich Buschfeld angedachte gewerbliche Flächenentwicklung und das weitere Vorrücken der Siedlungsfläche in das Ittertal ab.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8./ Gestaltungsbeirat der Stadt Haan
hier: Beschluss über die Geschäftsordnung
Vorlage: 61/047/2015**

Protokoll:

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

**9./ Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan - Antrag des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan vom 21.01.2015
Vorlage: 51/041/2015**

Beschluss:

Den am 25.05.2015 gewählten Mitgliedern des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan werden Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder analog der Stadtverordneten der Stadt Haan (§ 5 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung der Stadt Haan in der am 01.06.2014 in Kraft getretenen Fassung) gewährt, jedoch die Aufwandsentschädigung im Umfang von 50 %.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**10./ Anzeige von Nebentätigkeiten gem. Korruptionsbekämpfungsgesetz
a) Anzeige gem. § 18 Abs. 1
b) Aufstellung gem. § 18 Abs. 2
Vorlage: 10/033/2015**

Beschluss:

„Der Rat nimmt die Anzeige des Bürgermeisters über seine ausgeübten Nebentätigkeiten im Jahre 2014 zur Kenntnis.“

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Stellenbesetzungs-/ausschreibungsverfahren - Amtsleiter/in Amt für Finanzmanagement
1./ Vorlage: II/001/2015

Protokoll:

Stv. Lukat macht für die WLH-Fraktion deutlich, einen Betrag von 14.000 € für eine externe Begleitung des Stellenbesetzungsverfahrens werde abgelehnt. Man favorisiere das zuletzt übliche Stellenbesetzungsverfahren für Amtsleiterstellen unter frühzeitiger und kontinuierlicher Einbeziehung des Rates.

Stv. Stracke begründet den Antrag der SPD-Fraktion damit, dass die in Rede stehende Stelle eine herausragende Position innerhalb der Verwaltung einnehme und ein Fehlgriff daher unbedingt vermieden werden solle. Durch die externe Begleitung solle die Kompetenz des Einzustellenden verbindlich festgestellt werden. Der Externe solle gemeinsam mit der Verwaltung den Besten heraussuchen. Die von der Verwaltung bezifferte Kostenhöhe erscheine ihm aber zu hoch.

Stv. Lemke erklärt für die CDU-Fraktion, wesentliche Leitungsstellen seien zuletzt ohne externe Hilfe besetzt worden. Die Verwaltung schaffe dies auch ohne externe Hilfe, allerdings müsse der Rat frühzeitig und beständig über den Stand des Verfahrens informiert werden.

Stv. Sack führt für die GAL-Fraktion aus, die Steuerung des Auswahlverfahrens müsse bei der Kämmerei liegen und operativ durch das Personalamt und den Personalrat unterstützt werden. Die Fraktionen seien kontinuierlich über den aktuellen Verfahrensstand zu informieren. Er verdeutlicht noch einmal den straffen Zeitplan und möchte das Verfahren heute auf den Weg bringen.

Stv. Stracke bekräftigt, die bestmögliche Lösung für diese wichtige Stelle zu wollen. Dies habe nichts mit Misstrauen in die Arbeit der Verwaltung zu tun, sondern mit der Hinzuziehung eines fachkundigen Dritten.

StVR Titzer berichtet, das vor 4 Jahren anlässlich der Wiederbesetzung der Stelle des Technischen Dezernenten angewendete Personalauswahlverfahren war begrenzt auf fünf Bewerber und habe 12.000 € gekostet, so dass die 14.000 € eine realistische Kostenannahme der Verwaltung darstellen.

Stv. Giebels vergegenwärtigt, dass es sich um eine Amtsleiter- und keine Dezernentenstelle handele. Um Kontinuität in diesem sensiblen Bereich zu gewährleisten, müsse der neue Amtsleiter Mitte Juni vom Rat gewählt werden. Dazu sei die Veröffentlichung der Ausschreibung noch in dieser Woche vonnöten. Dieser Zeitplan sei bei einer externen Beteiligung nicht einzuhalten.

Stv. Abel schließt sich inhaltlich seinem Vorredner an und erachtet die Stellungnahme des Personalrates als plausibel.

Stv. Stracke beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte.

Beschluss:

1. Es wird der im März 2015 zu veranlassenden externen Stellenausschreibung in einem größeren Einzugsgebiet der Stelle Amtsleiter/in Amt für Finanzmanagement auf der Basis des beigefügten Stellenausschreibungstextes (Anlage 2) zugestimmt.
2. Auf eine externe Begleitung des Stellenbesetzungsverfahrens wird verzichtet.
3. Es wird für den HFA am 09. Juni 2015 und für die Ratssitzung am 16. Juni 2015 jeweils der Tagesordnungspunkt „Herstellung des Benehmens mit dem Rat zur Stellenbesetzung Amtsleitung 20“ aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) einstimmig

zu 2.) 26 Ja- und 11 Nein-Stimmen

zu 3.) einstimmig

10. Bebauungsplan Nr. 181 "Dieker Straße/ Düppelstraße" als Bebauungsplan 2./ der Innenentwicklung, § 13a BauGB hier: Aufstellungsbeschlusses, § 2 (1) BauGB, Vorlage: 61/044/2015

Protokoll:

Bgo. Alparslan erläutert die Vorlage der Verwaltung und berichtet, der Antragsteller habe mit dem gestrigen Tage korrigierte Unterlagen eingereicht, die nach interner Prüfung den Vorgaben des SUVA entsprechen.

Stv. Lukat erklärt, die WLH-Fraktion wolle heute keinen Beschluss fassen, sondern die Vorlage erneut in den SUVA verweisen. Dort solle dem Ausschuss eine Gesamtschau aller 34er Gebiete vorgelegt werden, über die es dann eine Entscheidung zu treffen gelte. Hinzu komme, dass im letzten SUVA das straffe Arbeitsprogramm des Amtes für Stadtplanung und Bauaufsicht offensichtlich geworden sei und ein Aufstellungserfordernis aufgrund des Rückzugs des Bauantrags durch den Antragsteller nicht mehr zwingend erforderlich sei.

Stv. Rehm führt für die GAL-Fraktion aus, der Rat müsse hier gestaltend tätig werden. Es sei an der Zeit, Kontinuität in dieses Thema zu bringen.

Stv. Giebels pflichtet bei, in diesem Bereich bestehe ein Planungserfordernis. Zudem stünden Generationenwechsel bei den Eigentümern an. Eine solche Sachentscheidung könne nicht von der Personalkapazitäten im Fachamt abhängig gemacht werden.

Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 181 "Dieker Straße / Düppelstraße" wird mit Begründung beschlossen. Das Verfahren soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB für einen sog. Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt werden.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-Mitte. Er umfasst ganz oder teilweise Grundstücke aus der Gemarkung Haan, Flur 15 und 26. Es wird nördlich durch die Südseite der Feldstraße im Einmündungsbereich mit der Düppelstraße, nord-östlich durch eine Grundstückstiefen entlang der Düppelstraße, weiter nach Süden in einer Tiefe von ca. 40 m östlich der Düppelstraße bis zur Dieker Straße und westlich der Schiller Straße bis Haus „Dieker Straße Nr. 54“ gefasst. Westlich wird das Plangebiet durch die Parzellengrenze mit dem Grundstück der ehemaligen Musikschule/ VHS begrenzt.

Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

10. Zukünftige Bewirtschaftung des Waldfriedhofes**3./ Vorlage: 70/004/2015/1**

Protokoll:

Stv. Lukat erklärt die Ablehnung der WLH-Fraktion zum Beschlussvorschlag und begründet diese mit der Unklarheit über die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme. Die Verwaltung habe trotz mehrfachen Ersuchens keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt, obwohl der Landrat den Rat dazu angehalten hatte, jede Haushaltsposition zu überprüfen. Dabei verkenne man nicht die gute Arbeit des Baubetriebshofes auf dem Waldfriedhof.

Stv. Lemke dankt der Verwaltung für das inzwischen wieder gute Erscheinungsbild des Waldfriedhofes. Diese Arbeit werde sogar mit nur 1 statt der ursprünglich eingeplanten 1,5 Stellen geschafft. Dies entspreche einer sehr wirtschaftlichen Herangehensweise.

Auch die SPD-Fraktion lobt das gute Pflegebild des Waldfriedhofes und möchte die befristete in eine unbefristete Stelle umwandeln.

Beschluss:

Die Bewirtschaftung des städt. Waldfriedhofes einschl. gärtnerischer Pflege wird dem

Betriebshof übertragen. Die Verwaltung wird beauftragt, die personalwirtschaftlichen und sonstigen Maßnahmen einzuleiten und in die Haushaltsplanberatungen ab 2015 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen

10. Feuerwehrgerätehaus Gruitzen

4./ - hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 27.02.15; Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.15

Protokoll:

Stv. Lemke erläutert für die CDU-Fraktion, die Einstellung der Planungsansätze sei notwendig, um die vorhandenen Mängel zu beheben. Hier bitte er die Verwaltung, diese Mängel zu quantifizieren. Weiterhin müsse eine evtl. Erweiterung des Gerätehauses an diesem Standort geprüft werden.

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion und bittet, diesem zuzustimmen. Mit den Arbeiten am Feuerwehrgerätehaus dürfe nicht erst in 2016 begonnen werden, da wichtige Arbeitsschutzmaßnahmen nicht eingehalten würden. Das Ehrenamt müsse durch bessere und sicherere Arbeitsbedingungen gefördert und nicht konterkariert werden.

Stv. Ruppert sieht die beiden Anträge als Einbringung an, der in den Haushaltsberatungen zu konkretisieren sei. Die FDP-Fraktion könne momentan weder dem einen noch dem anderen Antrag zustimmen.

Stv. Niklaus verdeutlicht für die SPD-Fraktion, die Notwendigkeit eines Handelns werde gesehen. Allerdings sollte dabei der Gemeinschaftsraum nicht angetastet werden, um den Feuerwehrleuten ein Stück Geselligkeit zu belassen.

Stv. Giebels möchte im Einvernehmen mit Feuerwehr und Unfallkasse einen gemeinsamen Weg in den Haushaltsberatungen finden.

Stv. Stracke empfiehlt ebenfalls die weitere Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen. Bis dahin möge die Verwaltung die erforderlichen Planungskosten ermitteln.

Beschluss:

Die vorliegenden Anträge werden in den Haushaltsberatungen erneut thematisiert.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Neubau KiTa Bachstraße

5./ - hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 02.03.2015

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion und bittet um Beschlussfassung, die 70.000 EUR als Planungskosten in den Haushalt 2015 einzustellen.

Stv. Giebels erklärt für die CDU-Fraktion, wichtig sei es vor allem, den Förderverein der Privaten Kindergruppe in die Lage zu versetzen, über das Geld verfügen zu können.

Stv. Sack stellt für die GAL-Fraktion heraus, es müsse sichergestellt werden, dass auch in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechende Mittel für dieses Projekt vorgehalten würden.

Stv. M. Klaus führt seitens der SPD-Fraktion aus, angesichts der auslaufenden Betriebserlaubnis müsse auch über eine Bestandserweiterung nachgedacht werden.

Stv. Ruppert sieht für die FDP-Fraktion in vielen Teilen der Vertragsgestaltung noch fehlende Detailschärfe, die es im Laufe des weiteren Prozesses zu beseitigen gelte und nennt beispielhaft die Gruppigkeit der Einrichtung.

Beschluss:

Der Rat beschließt, 70.000 EUR Planungskosten bei dem Produkt 060110 zur Auszahlung an den Förderverein der Privaten Kindergruppe Haan e.V. in den Haushaltsplan 2015 für den Neubau Kindertagesstätte Bachstraße / Waldkindergarten aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(**Stv. Kaimer** hat weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

11./ Neubesetzung von Ausschüssen

Protokoll:

Es liegen keine Anträge vor.

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. vom Bover berichtet über eine Anfrage der WLH-Fraktion zu den Kirmesgebühren, die zu Protokoll beantwortet werde.

Antwort der Verwaltung:

siehe Anlage 3

12. Anfrage der WLH-Fraktion: Lang-LKW im Test

1./

Protokoll:

Bgm. vom Bover erklärt, die Anfrage der WLH-Fraktion bzgl. Lang-LKW wie vorgelegt schriftlich beantwortet zu haben.

12. Anfrage der WLH-Fraktion: Liste der Pflegestandards der Grünflächen

2./

Protokoll:

Bzgl. der Anfrage der WLH-Fraktion zu den Pflegestandards erläutert die Antragstellerin, eine entsprechende Liste schon seit längerem angefordert zu haben. Die von der Verwaltung erhaltene Auflistung genüge aber nicht den Anforderungen eines Pflegestandards.

Bgo. Alparslan erklärt, der Antragstellerin eine ausreichende Liste zur Verfügung gestellt zu haben. Letztlich handele es sich aber um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

StORR Rennert berichtet, bzgl. der Klage vieler Gemeinden gegen den Solidaritätsbeitrag habe sich der Landtag NRW dazu entscheiden, sich juristisch vertreten zu lassen. Dadurch sei mit einer weiteren Verzögerung des Verfahrens zu rechnen.

**13. Mitteilung des Landrates des Kreises Mettmann: Überörtliche Prüfung der
1./ Stadt Haan durch die GPA NRW im Jahr 2014**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verweist auf die ausliegende Stellungnahme des Landrates bzgl. des Prüfberichtes der GPA NRW.

**13. Mitteilung der Verwaltung: Steuerbefreiung der geldwerten Vorteile von
2./ öffentliche Dienste leistenden Personen aus einer privaten Mitbenutzung
von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verweist auf die ausliegende Information des Finanzministeriums NRW.